

Bezugsgebühr:

Wochentheil 2 M. zu St. und
zu So. 2 M.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen
jeden Mittwoch; im Sommer in
Tages- und bei schlechten Witterungen,
in den Wintermonaten zweimal wöchentlich
am Dienstag und Samstag, die
sonst jeden Tag. Die Zeitung ist
ausgezeichnete Qualität, die
Redaktion ist sehr geschickt.
Rechtsanwälte und Notare
empfehlen sie sehr. Die
Zeitung ist eine der bestesten
Zeitung in Sachsen.

Zeitungsmagazin:
"Dresdner Nachrichten".

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Der Detail-Verkauf der Damenhuft-Fabrik
Altmarkt 6 J. M. Korschatz, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte
Hüte nach eigenen sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Carif.

Entnahme von Anzeigen bis Sonnabend 3 Uhr. Sonn- und
Mittwoch vor Mitternacht um 11 bis 12 Uhr. Die 1-polige Gravur
 kostet ca. 8 Silber zu 10 Pf. Ab-
 fließungen auf der Verkaufsstelle 10 Pf.
 die zweite Seite als "Gesamt"
 oder auf Zeile zu 10 Pf.
 An Nummern nach Sonn- und Mitter-
 tagen 1- bis 20-polige Gravuren
 von 10 bis 60 und 80 Pf. nach be-
 sondrem Tarif. Nachmärkte Ma-
 trize mit einem Sonderbezugsschein.
 Belegblätter werden mit 10 Pf.
 berechnet.

Berndreisenthaler:
Mitt 1 Nr. 11 und Nr. 2090.

Fritz Gilbers, Cigarrenhandlung,
so Königgräßer Straße 39.
Filiale der "Dresdner Nachrichten"
empfiehlt sich zur Annahme von
Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.



Z. PRAGER-STR. 8
LEDERWAREN

BERNHARD
SCHÄFER

Haupt-Geschäftsstelle:
Mitternstr. 38.

26 Pragerstr. Adolf Näter Pragerstr. 26

Fabrik feiner Lederwaren.

Verkaufsstelle der kunstgewerblichen Werkstätten für Lederarbeiten
von Georg Hulbe,
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs.
20 Preismedallien und Ehrendiplome.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe Hermann Pörschel, Scheffelstrasse 19.

Nr. 298. Spiegel: Die Obstruktion im Reichstage. Hofnachrichten, Landtag-Badgewebte Kellner 7. Nutzungschein der Oststaaten. Französische Ausstellung. Veränderlich. Dienstag, 28. Oktober 1902.

Für die Monate

November und December

abonnieren die Leser in

Dresden und dessen Vororten
Blasewitz, Plauen, Löbtau

bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den aller-
wärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von

1 Mark 10 Pf.

Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichs-
gebiete werden Bestellungen zu 2 Mark, in Oesterreich-
Ungarn zu 2 Kronen 96 Heller angenommen.

Für je einen Monat stellt sich der Bezugspreis in
Dresden und Vororten bei der Hauptgeschäftsstelle auf
90 Pf., bei den Kaiserl. Postanstalten im Reichsgebiete
auf 1 Mk. und in Oesterreich-Ungarn auf 1 Kr. 48 Heller.

Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten".

Die Obstruktion im Reichstage.

In Regierungskreisen wie in den Reihen der schwarzösterreichen Reichstagssmehrheit wird an der Hoffnung noch immer festgehalten, daß der Zolltarif in der gegenwärtigen Reichstagssitzung schließlich doch zu Stande gebracht wird. An zwei Voraussetzungen ist die Verwirklichung dieser Hoffnung gefaßt: daß es zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit zu einer Verständigung zu einem Kompromiß kommt, und daß die Obstruktion überwunden wird. Vorläufig ist ja allerdings eine solche noch nicht verucht worden. Die drei- bis vierstündigen Dauertreden der Sozialdemokraten streiten zwar bereits die Grenzen, jenseits deren die Opposition den Charakter der offenen Obstruktion annimmt; aber eine abgebrochene obstruktionelle Taktik haben die Sozialdemokraten und die Freisinnigen bei der zweiten Lesung der Zolltarifvorlage bis jetzt nicht eingeschlagen. Eugen Richter hat sogar die Absicht der Sozialdemokraten voreitet, ihre Anträge auf Zollfreiheit in erster Linie zur Abstimmung bringen zu lassen, wodurch die Anzahl der namentlichen Abstimmungen beträchtlich vermehrt werden wäre.

Gänzlich fallen lassen hat jedoch die radikale Opposition die Obstruktionen jedenfalls nicht. Sie wird darauf verzichten, wenn das Scheitern der Tarifreform ohnehin zu erwarten ist, wenn sich also die erste der genannten Voraussetzungen, die Einigung zwischen dem Regierung- und dem parlamentarischen Willen, nicht erfüllt. Sollte aber die Reichstagssmehrheit die Entschlossenheit befinden, die Verhandlungen zu dem Zweck fortzuführen, in Einvernehmen mit den Regierungen ein positives Ergebnis zu erzielen, so wird die Obstruktion zweifellos einzutreten. Darüber sollte am wenigsten die in den Sonnabend-Sitzung des Reichstages abgegebene Erklärung Bebel's, daß seine Partei keine Obstruktion treibe, täuschen. Der sozialdemokratische Führer gab zu dieser Erklärung folgende Erläuterung: "Wir werden uns ganz streng an die Geschäftsordnung halten. Wir verlangen weiter nichts, als daß jede Position des Tarifs gründlich beraten wird, und daß zweitens das Volk draußen bei jeder Position genau erfährt, wie der einzelne Abgeordnete dazu steht, das heißt also, daß diese Stellungnahme des Einzelnen in namentlichen Abstimmungen konstatiert wird. Das ist ein durchaus loyales Verhalten, so loyal, wie es überhaupt nur möglich ist, und es wäre das bitterste Unrecht, wenn man dieses Verhalten mit dem bösen Namen Obstruktion bezeichnen wollte." Diese Ausführungen Bebel's enthalten deutlich die Ankündigung der Obstruktion; denn so sehr er sich selber auch dagegen sträubt, das Verfahren, das er zunächst in Aussicht stellt, als Obstruktion zu kennzeichnen, so kann doch darüber nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß es sich hierbei in Wirklichkeit nicht um eine loyale, sondern vielmehr um eine illegale Handhabung der Geschäftsordnung handelt. Wenn auch nicht dem äußeren Anschein, der Form nach, so ist das Bebel'sche Verfahren in seinem Wesen und in dem Effekte, der damit erzielt werden soll, unzweifelhaft ein obstruktionelles. Obstruktion ist die Verhinderung des parlamentarischen Mehrheitswillens; ob dies geschieht durch gewaltsame, alle Formen der Ordnung über den Dingen verkehrende Verhinderung der parlamentarischen Verhandlungen und Beschlüsse, oder innerhalb des Rahmens der Geschäftsordnung durch deren frivole, illoyale Ausdeutung, ist Nebensache. Die Geschäftsordnung schreibt die Normen vor, unter denen die

Verhandlungen und Beschlüsse einer parlamentarischen Körperlichkeit vor sich gehen und zum Ziele geführt werden. Ihr Hauptzweck ist, den Weg freizulegen, auf dem mit Sicherheit der parlamentarische Mehrheitswillen zum Ausdruck gebracht wird, auf dem sich insbesondere die gesetzgebenden Aktionen zu vollziehen haben. Die Evidenz der parlamentarischen Gesetze und Aufgaben unmöglich machen, heißt sie missbrauchen, ist geschäftsordnungswidrig, ob auch ihre Bestimmungen selber nicht direkt verletzt werden. Es widerspricht dem ganzen Sinne, dem Geiste der Geschäftsordnung, die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zu verhindern, für den sich eine Mehrheit mit voller Deutlichkeit entschieden hat. Gewiß soll die Geschäftsordnung auch einen gewissen Schutz dogegen bieten, daß die parlamentarischen Verhandlungen überstürzt werden, ohne daß die Minderheit hinreichend zum Worte gekommen ist; sie soll die Mittel an die Hand geben, um zu verhüten, daß parlamentarische Beschlüsse mit Hilfe einer Augenblicksmeinung durchgesetzt werden. Von alledem kann aber bei der Zolltarifvorlage keine Rede sein, die im Herbst vorigen Jahres eingebracht wurde, der Tätigkeitsgewährung im letzten Sommer in der Kommission behandelt worden ist und für deren zweite und dritte Lesung im Plenum noch ein Zeitraum von über einem halben Jahre übrig bleibt.

Die von Bebel angekündigte Taktik der "gründlichen" Beratung jeder Position des Tarifs und der namentlichen Abstimmung bei jeder Position bedeutet die Absicht, das Zustandekommen der Tarifreform unmöglich zu machen, ist gleichbedeutend mit Obstruktion. Es ist der Kampf bis auf's Messer, der Kampf bis zur Vernichtung", den Bebel in seiner letzten Reichstagssrede proklamiert hat. Es würde schon die "gründliche" Beratung, die Bebel für jede Position des Tarifs fordert, genügen, um die Verhandlungen der zweiten Lesung in's Unabsehbare zu verschieben. Der Tarif enthält fast tausend Positionen, oft mit mehreren Zollzälen. Wenn nun zu jedem Zollzoll je ein Sozialdemokrat eine Dauertrede von drei bis vier Stunden hält, so reicht für diese Reden allein, wie sich leicht berechnen läßt, die ganze Zeit bis zu den Neuwahlen, die Räthe mit eingeschlossen, nicht aus. Für den Fall, daß durch Anträge auf Schlüß der Debatte diese sozialdemokratische Obstruktionstaktik erschwert werden sollte, hat Bebel den Übergang zu der Methode angekündigt, die er ebenfalls selber als diejenige der Obstruktion gelten lassen will. "Obstruktion", sagte er, "können nur in Frage kommen, wenn Sie (noch recht) solche Monate weiter machen sollten, wie vor ein paar Tagen, als nachdem ein Mitglied der Majorität, Dr. Heim, uns auf der linken Seite auf's Schärfste provoziert hatte und sich ein Redner aus meiner Partei zum Worte meldete, Sie von Ihrer Macht Gebrauch machen und Schlüß der Debatte beantragten. In solchen Fällen werden wir allerdings nicht davor zurücktreten, Maßregeln zu ergreifen, die Sie vielleicht mit dem Namen Obstruktion belegen, die aber weiter nichts sind, als ein Alt der Rothwelt." Die gleiche Wirkung der Verhinderung der Beratung in's Ende würde sich außerdem mit den von Bebel in Aussicht gestellten namentlichen Abstimmungen bei jeder einzelnen Tarifposition erzielen lassen. Die Geschäftsordnung des Reichstages bestimmt eine namentliche Abstimmung, wenn sie von 50 Mitgliedern beantragt wird. Mit Hilfe dieser Bestimmung lassen sich beim Zolltarif so viele Tantende von namentlichen Abstimmungen herbeiführen, daß die Verhinderung beliebig ausgedehnt werden kann.

Das Hauptinteresse an den weiteren Zolltarifverhandlungen konzentriert sich zunächst auf die Frage, ob und wie dieser sozialdemokratischen Obstruktion begegnet werden kann. In seiner Reichstagssrede vom 18. Oktober hat der Reichskanzler im Namen der verbündeten Regierungen an die Linke, "die ebenso ehrliche, wie gutgemeinte Aufforderung" gerichtet, den Gang der Verhandlungen nicht durch ländliche Mittel aufzuhalten oder in die Länge zu ziehen. Graf Bölow sagte: "Ich lenne in der parlamentarischen Gesetze kein einziges Beispiel, wo die Obstruktion, möglicherweise sich nur um eine ländliche, offene oder verdeckte Obstruktion handeln, nicht schädigend auf das Anliegen, die Stellung, das Schwergewicht der Parlamente und die parlamentarischen Institutionen selbst eingewirkt habe." Dergleichen Mahnungen und Warnungen, so ernst und eindringlich sie auch gehalten sein mögen und so sehr ihre Wahrheit einleuchten mag, vermögen auf die Sozialdemokraten, denen es nicht sowohl um den Parlamentarismus, als vielmehr um die revolutionäre Propaganda zu thun ist, eine abschreckende Wirkung nicht anzuüben. Die Bebel'sche Ankündigung der Obstruktion hat das ja bewiesen. Es fragt sich nun, ob die Reichstagssmehrheit diese Obstruktion über sich ergehen lassen will und vor dem Terrorismus einer revolutionären Minorität die Segel streicht, oder ob sie die Energie findet, unter allen Umständen den antiparlamentarischen Obstruktionen zu brechen. Die Kapitulation der Mehrheit vor der Obstruktionen minderheit würde den Bankrott unseres gegenwärtigen Reichs-parlamentarismus bedeuten und Folgen zeitigen, deren volle Tragweite für unsere nationale Zukunft sich kaum erweisen läßt. Das nötige, wichtige Maß von Energie zur Bekämpfung der Obstruktion wird sich aber nur einstellen, wenn sich die Regier-

ungen und die Reichstagssmehrheit rechtzeitig verstündigen und als bald der gemeinsame Wille obwaltet, die Tarifreform über die Gefahren der Obstruktion hinweg unter Dach und Fach zu bringen.

Neueste Drahtmeldungen vom 27. Oktober. Nachts eingehende Teile befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Bei ganz schwacher Belebung des Hauses wird die Beratung der Zolltarifvorlage, Abchnitt Vieh- und Fleischzölle, fortgesetzt. — Abg. Müller-Sagan (kreis. Bölkopf) hält die Behauptung Bebel's aufrecht, daß die Thierzölle auf dem Lande unter dem Druck der Großgrundbesitzer stünden. (Abg. Graf Raniz: Das ist ein vages Gerücht.) Redner stellt die Namen solcher Kreisherräte vor Berichtigung, die in an ihn gerichteten Schreiben feststellen, daß die Erfüllung solcher Thierzölle jederzeit in Frage gestellt sei, die nicht auf private Interessen der Großgrundbesitzer ständen, und nicht bei solchen beide Augen zündeten. Die Erhaltung eines anstandigen und angenehmen Viehstandes in Deutschland hängt über in erster Linie von der Seuchenvorbeugung im Inlande ab, allerdings auch von der Abwehr von solchen Einschleppungen. Wenn sich aber Fälle von Verseuchungen im Inlande in Folge Einschleppung durch Kontingentschweine nicht nachweisen lassen, dann sei nicht einzusehen, weshalb nicht eine Vereinfachung des Kontingents möglich sei. Ich übernehme hierin, was bei einer Gelegenheit sogar zu einer umfangreichen Berichtigung unseres Bildungsbundes gefügt habe. Weshalb nicht erst recht diese Schweine unter Kontrolle? Weiter wendet sich Redner gegen die geplanten Verhinderungen der zollfreien Fleischseefahrt in die Grenzbezirke. Man behauptet, daß jenseits der Grenzen kein Schädlereien etabliert hätten, die vielleicht minderwertiges Fleisch über die Janische Kontrolle. Und hat nicht unter eigener Beobachtung die Hauptbeschämung von der Kontrolle besteht, so gut auf die Gelegenheit hin, daß bei Gelegenheit von Mandauern unserer Mannschaften geundertätigliches Fleisch in ihren Quartieren zu essen erhielten? Die Bündler hätten eine Statistik aufgemacht, wonach unter Viehbestand sehr viel mehr vermehrt habe als unter Bevölkerung; aber diese Statistik bekränzte sich auf Hindernisse und Schweine und lasse die Schafe weg, deren Zahl von über 25 auf noch nicht 10 Millionen Stück zurückgegangen ist. Und da ich das Grempl ganz anders sehe! Redner hält wir ja keine ausreichende Statistik über den Fleischbedarf unserer Bevölkerung; aber für das Kontingent Sachsen hätten wir eine solche Statistik. Darnach bei der Bölkopf am 30. Sept. gesehen seit 50 Jahren von 17 auf 43 Millionen, legerte Redner 1900. Jede Fleischverheuerung durch Sölle würde sicherlich zum Schaden unseres Ernährungsstandes den Fleischverbrauch wieder zurückdringen müssen. Es würde richtig sein, daß sich die jetzige Fleischverheuerung nicht auf Deutschland bezieht, sondern sich auch im Auslande zeigen; aber obwohl jetzt unsere Fleischproduktion noch wie vor höhere. Die Preisdifferenz zwischen uns und dem Auslande ist abgebaut. Wenn unter Landwirtschaft unter Kontrolle nicht hinreichend erfolgt sei, wenn unsere Landwirtschaft noch zu sehr dem Mörderbau, der Fleisch-Ersatzfutter und der Fleisch-Krebserei diene, so trage unser ganze Viehverarbeitung Politik einen großen Theil der Schuld daran. Auf diese anderen Vielesgaben-Politik möge man endlich im Interesse des Volkes, wie im Interesse der Landwirtschaft verziehen. (Beifall links.) — Abg. Spahn (Centr.): Wir alle wollen eine Grenzwerke ausschließlich aus sozialen Gründen. Wir haben aber auch das Vertrauen in den Behörden, daß sie jedoch aus sozialen Gründen die Sperre aufzuheben. Eine Nachprüfung können wir darüber nicht vornehmen, denn dazu fehlt es uns hier an den theoretischen Grundlagen. Doch die Schweinefrage im Vergleich zu früher vor so lange ist nicht zutreffend. Keinesfalls kann ich es der Landwirtschaft verdanken, wenn sie die herabgesetzte Fleischproduktion will, daß sie nicht mit den Getreide- und Weizenfeldern die Kosten der Handelsverträge traumt. Ich hoffe immer noch, daß die gegenwärtigen Verhandlungen des Hauses zu einem zufriedenstellenden Ende kommen werden. (Beifall links.) Da die Ministerialen die Abschaffung der Handelsverträge erschweren, gebe ich nicht, aber, daß sie unmöglich machen. Jedenfalls aber werden wir nicht mit den Handelsverträgen um jeden Preis, sondern nur solche Verträge, bei denen die Landwirtschaft bestehen kann. (Beifall im Centrum.) — Abg. Semmler (nat.-lib.): Seine Aussichtswünsche und hoffen, daß die Vorlage noch rechtzeitig und prompte erledigt werden. (Beifall links.) Sie wollten den neuen Zolltarif keinesfalls als Mittel zum Angriff, sondern nur als Befreiung, hinter die wir uns nötigenfalls zurückziehen könnten, wenn das Ausland seine Tarife gegen uns erhöhte. Bezeichner der Fleischzölle seien Freunde im Weltlichen mit der Regierung einverstanden. Durch ein System zollfreier höherer Wiederzölle, wie sie u. a. Herr Kampf befürwortet, würde zweifellos ein schwerer Zollstreit herausgelöst werden. Sodann die Nationalversammlung für die Vorlage der Regierung einzutreten, glauben sie gerade den Interessen der Landwirtschaft bestens zu dienen, als die Agitatoren, die die Landwirtschaft zu übermäßigigen Forderungen ansetzen. Eine eigentliche Fleischheuerung werde die im Rahmen befindliche Encyclopädie Aufschluß geben. Die Viehzölle, die wir nicht mit den Getreide- und Weizenfeldern die Kosten der Handelsverträge traumt, ich hoffe immer noch, daß die Landwirtschaft bestehen kann. (Beifall im Centrum.) — Abg. v. Oldenburg (Stolz): Wer es mit der Landwirtschaft auf meine mäßige, müßte daher erhalten. (Beifall links.) Seine Forderungen werden bestimmt, aber seit der Caprivi-Aero habe sich ein solches Misstrauen gegen die Regierung eingestellt, daß es jetzt nicht anders gebe. Seine ganze Kraft werde deshalb für die Wiederzölle an sich stimmen, und die Mehrheit der Fraktion werde sich jaar nicht an den Ministrälen der Kommission genügen lassen, sondern für den Anteil Wagners stimmen. Wer das Land nicht blos vom Hosen scheiden kennt, der weiß, daß dort Rothstand herrscht; gut geht's nur Dem, der keine Gnade hat. Gerade der kleine Mann auf dem Lande habe das größte Interesse daran, daß das Vieh, die Schweine besonders, gelangt erhalten werde und Preis halte. Die Viehstände seien in den letzten Jahren stark reduziert worden; er selbst habe das am eigenen Leibe empfunden. (Große Beifall)

Wollen Sie gut und billig essen und trinken wollen,
so verkaufen wir
Sie nicht, den **Hirsch**, am Rauchhaus,
Webergasse-Schiffeskaiasse, zu besuchen.